



Renate Schmidt
Bundesministerin a.D.
Mitglied des Deutschen Bundestages

Frau
Bundesministerin
Ursula von der Leyen
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

19.03.2009
RS/WF

Postaustausch

Sehr geehrte Frau Ministerin, *Liebe Frau von der Leyen,*

Anlass für dieses Schreiben ist die heutige Meldung in der Financial Times Deutschland (FTD), nach der Sie gesagt haben: „Rot-Grün ist krachend mit seinen Gleichstellungsplänen für die Privatwirtschaft gescheitert.... Hätte sich Rot-Grün in den sieben Jahren Regierungszeit darangemacht, nicht nur mit schönen Worten, sondern mit Geld die Kinderbetreuung auszubauen, wären wir heute weiter.“

Ich bedaure das sehr, denn bisher hat unsere „Rollenaufteilung“ gut funktioniert und ich hätte gerne, dass dies trotz der anstehenden Wahlen auch so bleibt.

Dass die rot-grüne Bundesregierung nur geredet und nichts getan hätte, entspricht nicht den Tatsachen.

Ich darf auf das im Jahr 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz hinweisen, das gegen Widerstände der Länder, auch Niedersachsens, in Zeiten knappster öffentlicher Kassen durchgesetzt wurde und beinhaltete, dass zwei Milliarden jährlich für den Ausbau der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen über die Länder an die Kommunen weitergereicht werden. Die Steigerung des Ausbaus für

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 72502 • 📠 (030) 227 – 76703

✉ reate.schmidt@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Friedrich-List-Str. 5 • 91054 Erlangen • ☎ (09131) 8126534 • 📠 (09131) 8126535

✉ reate.schmidt@wk.bundestag.de



Renate Schmidt
Bundesministerin a.D.
Mitglied des Deutschen Bundestages

die unter Dreijährigen in den Jahren 2005 bis 2007 und auch im Jahr 2008 sind nicht zuletzt Auswirkungen dieses Gesetzes.

Sie wissen wie ich, dass das Elterngeld auf einem Konzept von mir beruht. Im Übrigen habe ich bereits 1985 einen nahezu identischen Gesetzentwurf für das Elterngeld für die SPD in den Bundestag eingebracht. - Es ist am Widerstand der Union gescheitert. -

Die von mir gegründete „Allianz für die Familie“ und die „Lokalen Bündnisse für Familie“, den Kinderzuschlag für Geringverdiener, den Freibetrag für Alleinerziehende, seien hier nur der guten Ordnung halber erwähnt.

Rot-Grün hat nach Ansicht nahezu aller Medien seinerzeit einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik eingeleitet. Ich freue mich sehr, dass dies alles von Ihnen nahtlos weitergeführt wird und Sie auch bisher in dieser Legislatur das Glück vollerer Kassen hatten.

Und ich bin mit Ihnen einig, dass der Ausbau der Kinderbetreuung Voraussetzung für die bessere Vereinbarung für Familie und Beruf und damit auch für bessere Aufstiegschancen für Frauen ist.

Dennoch ist Gleichstellungspolitik nicht Anhängsel von Familienpolitik. Und Frauen können nicht ausschließlich über ihre Rolle als Mütter definiert werden, schließlich sind ja auch nicht alle Mütter.

Deshalb hat Rot-Grün die freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft beschlossen, die leider außer Status-Quo-Analysen, jetzt im achten Jahr, nahezu wirkungslos geblieben sind.

Deshalb habe ich das „Gender-Kompetenz-Zentrum“ gegründet, das von Ihnen leider nur wenig nachgefragt und eingesetzt wird.



Renate Schmidt
Bundesministerin a.D.
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deshalb habe ich eine einschlägige Koordinierungsgruppe gegründet, die von Ihnen aufgelöst wurde.

All dies ist ja auf internationaler Ebene von den deutschen Frauenverbänden zu Recht kritisiert worden.

Ich bin deshalb der festen Überzeugung, dass wir mit der freiwilligen Vereinbarung, die sowohl Sie als auch ich „geerbt“ haben und die bei entsprechender Bereitschaft der Wirtschaft wenigstens einige Erfolge hätte haben können, nicht weiterkommen werden.

Wir brauchen daher wie in Norwegen oder Spanien gesetzliche Regelungen, beginnend mit verbindlichen Quoten für die Aufsichtsräte.

Für mich besteht das Problem nicht darin, dass wir in dieser Frage unterschiedlicher Auffassung sind, sondern darin, dass Sie glauben, Ihre Erfolge durch das Negieren meiner herausstreichen zu müssen.

Ich fände es schade, wenn ausgerechnet wir beide, und ausgerechnet bei den wichtigen gesellschaftspolitischen Themen der Gleichstellungs-, Frauen- und Familienpolitik, in den üblichen wahlkampfbedingten Schlagabtausch geraten würden. Ich finde, das haben wir beide nicht nötig.

Mit freundlichen Grüßen

Teure
Renate Schmidt

Renate Schmidt MdB

PS: Nachdem Sie sich gegenüber der FTD öffentlich geäußert haben, erlaube ich mir, diesen Brief der FTD zur Verfügung zu stellen und meiner Fraktion zur Kenntnis zu geben.